

Bundesamt für Bevölkerungsschutz dreifach zertifiziert

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz =
Protection civile, protection de la population, protection des biens
culturels = Protezione civile, protezione della popolazione,
protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **53 (2006)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-370271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS BABS WURDE AUSGEZEICHNET

Bundesamt für Bevölkerungsschutz dreifach zertifiziert

VBS. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat die Zertifizierung nach den drei Normen ISO 9001 (Qualitätsmanagement), ISO 14001 (Umwelt) und OHSAS 18001 (Arbeitssicherheit) erreicht. Nach intensiver Vorbereitung und einer mehrstufigen Überprüfung erfolgte die Übergabe des Zertifikates anlässlich des Gesamtjahresrapports im Rathaus Bern.

Damit das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) mit den Geschäftsbereichen Labor Spiez, Nationale Alarmzentrale, Ausbildung, Infrastruktur und Support als Dienstleistungsunternehmen die Bedürfnisse seiner Kunden bestmöglich befriedigen kann, müssen die Arbeits- und Führungsabläufe optimal sein. Die Geschäftsleitung hat deshalb im Jahre 2003 den Auftrag erteilt, ein «Integriertes Managementsystem» zu reali-



Alfred Urfer (l.) überreicht Willi Scholl das Zertifikat.

FOTO: BABS

sieren. Das Projekt beinhaltete die Aspekte Qualität, Umwelt und Arbeitssicherheit – auf allen Ebenen des Amtes (Führungsprozesse, Kernprozesse, Supportprozesse).

Bei den Arbeiten wurden die betroffenen Mitarbeitenden der Geschäftsbereiche konsequent einbezogen. Die erfolgreich verlaufene Überprüfung und die Zertifizierung – durch Experten der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme

(SQS) – bedeuten nicht das Ende der Anstrengungen. Vielmehr besteht nun die Grundlage für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Alfred Urfer, Mitglied der SQS-Geschäftsleitung, überreichte BABS-Direktor Willi Scholl das Zertifikat für die drei Bereiche Qualitätsmanagement, Umwelt und Arbeitssicherheit im Rathaus Bern in feierlichem Rahmen. □

ERFOLGREICHE BEWÄLTIGUNG EINES FIKTIVEN KKW-UNFALLS

Gesamtnotfallübung KRONOS II

VBS. Im zweijährigen Zyklus führt die Eidgenössische Kommission für ABC-Schutz (KomABC) eine Gesamtnotfallübung mit einem schweizerischen Kernkraftwerk durch. Letzten Spätherbst ist die Reaktion der zuständigen Behörden am Tag nach einem Kernkraftwerksunfall geübt worden. Als spezieller Übungsteil ist zudem vom Kanton Aargau eine Kontaktstelle für die Bevölkerung aufgebaut worden.

Am 17. November 2005 hat unter der Bezeichnung KRONOS II der zweite Teil der diesjährigen Gesamtnotfallübung stattgefunden. Im Mittelpunkt der Übung stand der Leitende Ausschuss Radioaktivität (LAR), das zuständige Stabsorgan des Bundes für den Fall eines Ereignisses mit erhöhter Radioaktivität. Der LAR hat die erforderlichen Entscheidungen des Bundesrats vorzubereiten und die Umsetzung der angeordneten Massnahmen zu koordinieren. Er setzt sich aus den Direktoren derjenigen Bundesämter zusammen, bei denen im Fall eines Ereignisses mit erhöhter Radioaktivität ein Handlungsbedarf entstehen kann. Daneben standen insbesondere die Nationale Alarmzentrale (NAZ) sowie die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) im Einsatz.

Die Übungsleitung gab den Mitgliedern des LAR ein fiktives Szenario vor, wonach sich am Vortag im Kernkraftwerk Beznau ein Unfall mit Freisetzung von Radioaktivität ereignet hatte. Die Aufgabe des LAR bestand darin, die durch die NAZ bereits angeordneten Schutzmassnahmen zu überprüfen und detaillierte Vorschläge zum weiteren politischen und strategischen Vorgehen auszuarbeiten. Dabei wurde überprüft, inwieweit der LAR in der Lage ist, unter Zeitdruck und Störfaktoren einen sach- und lagegerechten Übergang von der kurzfristigen hin zur mittel- und längerfristigen Ereignisbewältigung zu führen.

Dieser Prozess ist komplex, denn es müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Neben den nahe liegenden medizinischen, gesundheits- und umweltpolitischen Fragen

sind auch energiepolitische, verkehrstechnische, volkswirtschaftliche, staatspolitische, finanzielle und zahlreiche weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Eine besondere Schwierigkeit stellt sicherlich immer die rasche und angemessene Information der Betroffenen und der breiten Bevölkerung dar. Eine wesentliche Aufgabe des LAR bestand deshalb darin, für den Bundesrat die erforderlichen Unterlagen zur Information der Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Informationsabläufe wurden nicht nur in der Theorie aufgeführt, sondern realitätsnah durchgespielt und von an der Übung beteiligten Journalisten geprüft.

Nach den Empfehlungen der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) in Wien und einem bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland sind bei einem Unfall in einem grenznahen Kernkraftwerk die Notfallorganisationen in Baden-Württemberg in gleicher Weise zu verständigen wie die Partner in der Schweiz. An der Gesamtnotfallübung waren deshalb auch Vertreter des Ministeriums für Umwelt und Verkehr des Bundeslandes Baden-Württemberg in Stuttgart, des Regierungspräsidiums Freiburg im Breisgau und des Landratsamtes Waldshut beteiligt. Insgesamt waren während der rund